



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**  
*KREISTAGSFRAKTION LANDKREIS HARBURG, GRUPPE SPD/UNABHÄNGIGER*

SPD-Kreistagsfraktion Lkr. Harburg, Steinbecker Str. 24, 21244 Buchholz

An die  
Lokalpresse im Landkreis Harburg

Vorsitzender/Sprecher:  
Prof. Dr. Jens-Rainer Ahrens

12. Februar 2014

### **SPD-Kreistagsfraktion beschließt: Hände weg vom Landschaftsschutz**

Die SPD-Kreistagsfraktion hat sich nach intensiver Diskussion einstimmig dafür ausgesprochen, das Landschaftsschutzgebiet Garlstorfer Wald und weitere Umgebung nicht durch die Errichtung von Windkraftanlagen zu zerschneiden und damit den Schutzzweck des Gebietes unwiderruflich zu zerstören.

*„Auch das wichtige Ziel der Energiewende und damit des Klimaschutzes rechtfertigt es nicht, dieses großräumige Landschaftsschutzgebiet durch den Bau von Windrädern in zentraler Lage des Schutzgebiets zu vernichten, nur damit einige wenige daraus einen finanziellen Nutzen ziehen“,* sagt **Christa Beyer**, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion. Die Behauptung der Gruppe CDU/Wählergemeinschaft, man wolle die beiden zur Entlassung aus dem Landschaftsschutzgebiet vorgesehenen Flächen in Toppenstedt und Gödenstorf nur „prüfen“, sei Augenwischerei. Für eine Prüfung sei ein Entlassungsverfahren nicht erforderlich. Die fachlichen Stellungnahmen sowohl der Naturschutzbehörde als auch der Vertreter der Naturschutzverbände seien klar ablehnend und eindeutig. Es dränge sich der Eindruck auf, dass hier die finanziellen Interessen Einzelner seitens der Gruppe CDU/Wählergemeinschaft für wichtiger erachtet werden als der Erhalt einer intakten Landschaft für die gesamte Bevölkerung. Das Etikett „Energiewende /Klimaschutz“ sei dabei nur das Feigenblatt, um diese Absichten zu kaschieren.

*„Windkraftanlagen an den Standorten Toppenstedt und Gödenstorf sind mit dem Schutzzweck des Landschaftsschutzgebiets nicht zu vereinbaren. Das Landschaftsbild soll hier nicht durch bauliche Anlagen gestört werden, und das Gebiet soll als Lebensraum für Pflanzen und Tiere erhalten werden“,* ergänzt **Matthias Westermann**. Er bekräftigt seinen im Umweltausschuss gestellten Antrag, die beiden Flächen aus dem Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms zu streichen und sie nicht als Vorrang- und Eignungsgebiete Windenergie vorzusehen.